



Halle, 20.10.2018

DFG-Projekt „Risikopraktiken im Finanzsektor und in der Politik“

Zusammenfassung

Die Auseinandersetzung mit komplexen Risiken hat sich zu einer zentralen Aufgabe gegenwärtiger westlich-demokratischer Gesellschaften entwickelt. Politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure teilen dabei weitgehend die Annahme, dass Risiken "beherrschbar" und somit potenziell auch kontrollierbar sind. Zugleich finden sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen differierende Vorstellungen davon, was als Risiko gilt, wie Risiken zu bewerten sind und wie mit ihnen umzugehen ist. Besonders evident wird dies im Finanzsektor und in der Politik, in denen Risiken überaus unterschiedlich konnotiert sind. Während im Finanzsektor Risiko und Chance in der Regel gedanklich positiv verknüpft sind, gelten Risiken in vielen anderen Bereichen, so auch in der Politik westlich demokratischer Gesellschaften, eher als etwas zu Vermeidendes. Solche Differenzen können zu gesellschaftlichen Herausforderungen werden.

Bisher ist nur wenig über spezifische Bedeutungen von Risiko in unterschiedlichen Feldern und die Konsequenzen von Interaktions- und Aushandlungsprozessen zwischen diesen Feldern bekannt. Das Projekt nimmt die Finanz- und Eurokrisen zum Anlass, um spezifische Deutungsmuster von Risiko im Finanzsektor und in der Politik zu analysieren und um vergleichend zu untersuchen, wie und mit welchen Konsequenzen sich Risikodeutungen durch Interaktionen zwischen beiden Feldern verschieben. Das Forschungsvorhaben geht von der These aus, dass eine fortschreitende Verschränkung und Verflechtung beider Felder zu beobachten ist, die für die basale Bedeutung von Risiko als maßgeblichem Bezugspunkt des finanzwirtschaftlichen und politischen Handelns folgenreich ist, wenigstens aber eine Verständigung über unterschiedliche Risikovorstellungen notwendig gemacht hat. Wir möchten wissen, welche Konsequenzen zu erwarten sind, wenn Risikodeutungen aus der Finanzökonomie im Feld der Politik handlungsleitend werden und mit welchen gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen zu rechnen ist, wenn Akteure im Finanzsektor politische Entscheidungen als Risiken verbuchen, die in ihrem Handeln entsprechend zu antizipieren sind. Das tiefere Verständnis einer solchen Verzahnung von Finanz- und Politik ist insbesondere in „Krisenzeiten“ wichtig.

Das Projekt wird gemeinsam geleitet von Prof. Dr. Jürgen Beyer (Universität Hamburg), Prof. Dr. Christian von Scheve Prof. Dr. Konstanze Senge (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), wissenschaftliche MitarbeiterInnen sind Dr. Lisa Knoll

(Universität Hamburg und Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und Markus Lange (FU Berlin).

gez. Prof. Dr. Konstanze Senge